



7. September 2015

Informatikstrategie 2015-2024 des Staates Wallis

(IVS). - Der Staatsrat hat die Informatikstrategie 2015-2024 des Staates Wallis verabschiedet. Darin sind notwendige Massnahmen vorgesehen, die die Kontinuität der Informationssysteme sicherstellen und die Modernisierung des Staates vorantreiben sollen. Obwohl sie für die Funktionsfähigkeit des Staates eine wichtige Infrastruktur darstellt, ist die IT-Funktion des Kantons Wallis stark unterdotiert. Für die geplanten Massnahmen müssen in den nächsten zehn Jahren 89,8 Millionen Franken investiert und 36 Arbeitsplätze (Vollzeitstellen) geschaffen werden. Der Antrag für einen Verpflichtungskredit zur Umsetzung dieser Informatikstrategie wurde an den Grossen Rat weitergeleitet.

Eine genaue Analyse und ein interkantonaler Vergleich zeigen, dass die Walliser IT-Funktion personell und finanziell stark unterdotiert ist. Die Ausgaben des Staates Wallis für die Informatik betragen beispielsweise 56 Franken pro Einwohner und pro Jahr, während sich der schweizerische Durchschnitt auf 137 Franken beläuft, obwohl die Aufgaben vergleichbar sind.

Um dem technologischen Fortschritt und den IT-Anforderungen der Verwaltung gerecht zu werden und die Kontinuität der Informationssysteme sicherzustellen, hat der Staatsrat für den Zeitraum 2015-2024 eine Informatikstrategie festgelegt.

Eine realistische Strategie in zwei Schritten, die unabdingbare Bedürfnisse abdeckt

Diese realistische Strategie berücksichtigt die Mittel des Staates Wallis. Sie beschränkt sich deshalb darauf, die unabdingbaren Bedürfnisse abzudecken. In einem ersten Schritt wird die Nachrüstung der anfälligen und veralteten Infrastrukturen und Systeme angegangen. Ab 2018 sollte die IT-Funktion zur Unterstützung der Modernisierung des Staates und der Umsetzung des E-Governments positioniert werden können.

Entnahme aus dem Fonds des 21. Jahrhunderts

Das vorgesehene Investitionsprogramm (auf einer realistischen Schätzung basierend) beläuft sich auf 89,8 Millionen Franken über einen Zeitraum von 10 Jahren, d.h. durchschnittlich 9 Millionen Franken pro Jahr. Als Basisinfrastruktur für den Betrieb des Staates und unter Berücksichtigung der grossen Investitionen wird der Betrag durch eine Entnahme aus dem Fonds des 21. Jahrhunderts finanziert. Ein Teil davon ist im Budgetentwurf 2016 enthalten.

Bestehendes kapitalisieren und Mittel gegenseitig nutzen

Die Informatikstrategie sieht vor, die bisher umgesetzten Technologieoptionen zu kapitalisieren, und vertraut den bestehenden Teams. Sie bringt jedoch eine Aufstockung der Mittel und der Kompetenzen mit sich. Unter anderem sind 36 Arbeitsplätze (Vollzeitäquivalente) über die nächsten zehn Jahre geplant.



Die Informatikstrategie beinhaltet ausserdem die Zusammenarbeit mit anderen Marktteilnehmern und dem öffentlichen Dienst des Kantons Wallis, sodass die Investitionsausgaben gegenseitig genutzt und das Fachwissen und die bewährten Praktiken kapitalisiert werden können.

Neue Governance gewährleistet transversale Steuerung

Die Strategie sieht eine stärkere Governance der IT-Funktion vor. Es wurde eine Delegation des Staatsrates für Informatikfragen geschaffen unter dem Vorsitz von Staatsrat Maurice Tornay. Diese Delegation wird durch einen Lenkungsausschuss unterstützt, der von Laurent Bagnaud (ehemaliger Generalsekretär des Departements für Verkehr, Bau und Umwelt und gegenwärtig verantwortlich für den Bereich "Wirtschaft und Dienstleistungen" der HES-SO) präsiert wird. Der Lenkungsausschuss setzt sich aus Führungskräften der Verwaltung und aus Verantwortlichen des Bereichs Technologie und Information zusammen. Mit der neuen Governance kann die IT-Funktion auf der gesamten Ebene des Staates gesteuert werden.

Der Grosse Rat wird das Thema anlässlich der Novembersession behandeln

Der Antrag für einen Verpflichtungskredit zur Umsetzung der Informatikstrategie 2015-2024 des Staates Wallis wurde an den Grossen Rat weitergeleitet. Angesichts der Fristen bezüglich IT und Budget ersuchte der Staatsrat den Grossen Rat, das Thema an der Novembersession zu behandeln.

Kontaktperson:

Staatsrat Maurice Tornay, Vorsteher des Departementes für Finanzen und Institutionen, 027 606 50 05